

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Zensurbehörde
Nr. 20.

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 244.

Freitag, 19. October 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strakow, den Kaufgeschäften, sowie am Schalter der türkischen Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Sachen für die Nummer des Ausgabedates bis Vormittag 9 Uhr ohne Gendarmerie.

Druck und Verlag von Danner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastenstrasse 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herrn Schmidt in Riesa.

Montag, den 22. Oktober dss. Jz., Vorm. 10.30 findet in Riesa in der Kaserne des Regiments die Versteigerung eines überzähligen Dienstpferdes statt.

Königliches 3. Feldartillerie-Regiment No. 32.

Unsere Kriegsmarine

ist gegenwärtig stark in Anspruch genommen und kaum noch in der Lage, den Anforderungen, die die Vertretung deutscher Interessen im Auslande an sie stellt, zu genügen. Der zwischen Japan und China ausgebrochene Krieg war der erste, in dem sich die moderne Bauart der Kriegsschiffe zu bewähren hatte. Dabei zeigte sich, daß die Panzerkorvette den in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprechen, daß sowohl ihre Manövriertüchtigkeit zu gering, als auch ihre Panzerung den modernen Gefahren nicht gewachsen ist. In der großen Seeschlacht zwischen Japanern und Chinesen gingen mehrere chinesische Panzer sehr bald unter, als sie ein wohlgezielter Schuß von Seiten der flinken japanischen Kreuzer getroffen hatten. Und dabei waren die Panzer europäisches Fabrikat und wurden größtenteils von gediegenen europäischen Marineoffizieren beschriftet. Die kleineren schnellfahrenden Kreuzer dagegen schienen sich gut bewährt zu haben und diese dürften aus der Kriegsschiff-Typ der Zukunft sein. An diesen Kreuzern ist aber in unserer Marine verhältnismäßig Mangel vorhanden. Und gerade sie sind es, die der stetig wachsende Auslandsdienst dringend verlangt. Die „Berl. Pol. Nachr.“ geben ein Bild von der aufstrebenden und anstrengenden Tätigkeit unserer Kreuzergeschwader. Wir geben in nachfolgendem eine gedrängte Zusammenstellung wieder.

Raum war der Bürgerkrieg in Brasilien beendet, als die drei vor Rio de Janeiro stationirten deutschen Kriegsschiffe um die Südspitze Amerikas herum nach Peru segelten, um in Bereitschaft zu liegen für einen notwendig werdende Versicherung der bei den Samoa-Inseln zur Unterdrückung des Aufstandes stationirten beiden Kreuzer. Noch bevor die Verbündeten in Peru die Schiffe entsetztlich erscheinen ließen und do vor Samoa die Ordnung hergestellt war, brach der Krieg in Ostasien aus und sie muhten mit möglichster Geschwindigkeit den weiten Weg dahin zurückzulegen. Gerade noch eben rechtzeitig sind sie angelangt, wie sie aber angestrengt sind, beweist der Umstand, daß der Kreuzer „Marie“ in Nagasaki zur Revision seiner Maschinen liegen bleibt müssen, während die anderen beiden, „Arcona“ und „Alexandrine“, ihre Fahrt nach den bedrotesten Punkten der chinesischen Küste fortsetzen. Von den beiden Kanonenbooten, denen bis zu ihrem Eintreffen der Schutz unserer Interessen allein obgelegen hatte, sollte eines, „Wolf“, jetzt zurückkehren, um nach fast neunjähriger ununterbrochener Thätigkeit in Ostasien einer gründlichen Reparatur in der Heimath unterzogen zu werden und dann ein Jahr später das zweite, „Ulis“, das die Reparatur ebenso nötig hat, abzulösen. „Wolf“ wird zur Zeit vor Tientsin festgehalten, wohin wegen ihres Tiefgangs größere Schiffe nicht gelangen können, und wird dort vorübergehend auch überwintern. „Ulis“ bleibt zur Verwendung in den übrigen für größere Schiffe unzugänglichen Flusssystemen verfügt. Aus der Heimkehr wird also nichts und Erfolg ist nicht vorhanden. Da in der Südsee befindlich, in beiden Kreuzern werden fast ununterbrochen vor Samoa festgehalten durch die unglücklichen auf diesen Inseln herrschenden Zustände, denen ein Ende zu machen wohl so bald nicht gelingen wird. Zwischen sind die höchst notwendigen Hunderttausend der Kriegsschiffe nach den Marshallinseln, nach Neuguinea ic. unterblieben und die Landesverwaltungen werden darunter empfindlich zu leiden haben. Die Besuche der Kriegsschiffe in gewissen Zeiträumen sind eine Bedingung für die Aufrechterhaltung des Ansehens der Beamten und der Ordnung.

Die auf dem Kriegsschauplatz zur Zeit befindlichen fünf Schiffe dürfen vorläufig für den Schutz unserer Landsleute genügen, aber selbst nachdem die zur Verstärkung bestimmten Kreuzer „Irene“ und „Cormoran“ eingetroffen sein werden, sind die dort versammelten Seestreitkräfte zu schwach, sobald es sich um mehr als blohen Schutz der Menschen handeln sollte. In Ostasien reichen zwei Kreuzer für den regelmäßigen Dienst kaum aus, wenn nicht der Sklavenhandel über See neu aufblühen soll. Kleine Unruhen, welche die

Gegenwart der Schiffe an irgend einer Stelle unserer Küste nötig machen, können jeden Augenblick eintreten, wie der kürzliche Angriff auf Kilwa beweist. — Eins der Schiffe mußte nun nach dem Süden, nach Portugiesisch-Ostafrika, entsandt werden, wo bekanntlich ein bedrohlicher Kaffern-Aufstand ausgebrochen ist. — An der Westküste Afrikas ist außer dem kleinen Kanonenboot „Hyäne“ nur ein Kreuzer stationiert, der vor Kamerun liegt und jährlich eine Fahrt nach Deutsch-Südwest-Afrika (Angra Pequena) macht. Togo ist schon seit Jahr und Tag von keinem deutschen Kriegsschiff besucht worden. — Alles in Allem genommen ist die Großmachtstellung Deutschlands im Auslande durch unsere Kriegsmarine nicht genügend gewahrt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Wie die in Stolp erscheinende „Zeitung für Hinterpommern“ erfährt, sind die Vorbereitungen zu der Huldigungsfahrt der Pommern zum Fürsten Bismarck bereits getroffen. Es sind mehrere Extrajüge beantragt; solche sollen von Stralsund, Stettin, Kolberg, Stolp und Neustettin abgelossen werden. Die Personen, welche die Gelegenheit der Anzeige in die Hand nehmen wollen, haben sich zu einem freien Komitee zusammengetan, das in den nächsten Tagen in Stettin eine Sitzung abhalten wird.

Der Kaiser und die Kaiserin legten gestern früh 8½ Uhr im Mausoleum bei der Friedenskirche auf dem Grabe weiland des Kaisers Friedrich einen Kranz von Lorbeer und Tuberose nieder und verweilten dadurch einige Zeit in stillsem Gebet. Um 8¾ Uhr fuhr der König von Serbien, von dem Generalleutnant von Lignitz begleitet, bei dem Mausoleum vor und legte ebenfalls am Grabe weiland Kaisers Friedrich einen Kranz nieder, auf dessen weiher Alatschleife die Worte standen: Alexander I., König von Serbien, 18. Oktober 1894.

Dem Bundesrat liegt der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenvorlehr im Kriege vom 28. Mai d. J. vor. Das Gesetz bestimmt bekanntlich in § 3, daß als Militärbrieftauben im Sinne dieses Gesetzes Brieftauben gelten, die der Militär- oder Marinewaltung gehören oder derselben gemäß den von ihr erlassenen Vorschriften zur Verfügung gestellt und die mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sind, ferner, daß Militärbrieftauben, die Privatpersonen gehören, den Schutz des Gesetzes erst dann genießen, wenn in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, daß der Führer seine Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt hat. Diese Bestimmungen des Gesetzes sind es, die den Erlaß von Ausführungsbestimmungen erforderlich machen.

Offiziös wird geschrieben: Die Versuche, das Geheimnis der Vorgänge in der letzten Sitzung des Staatsministeriums zu enträtseln, müssen notwendig erfolglos bleiben, solange die Mitglieder des Staatsministeriums selbst „Diskretion“ als Ehrensache betrachten. Nebenbei kann das Schweigen ja auch seine guten Gründe haben. Wenn z. B. die Angabe, daß zunächst nur eine Verständigung über gewisse allgemeine Fragen abgedankt sei, zutreffend sein sollte, so liegt es doch auf der Hand, daß diese „Verständigung“ eine praktische Bedeutung erst durch die vorbehaltene Erörterung der Einzelfragen erhalten kann, bei der der allgemeine Gesichtspunkt zur Durchführung gelangen muß. Daß zur Vorbereitung der Grundlagen für diese weiteren Erörterungen kommissarische Verhandlungen stattfinden, ist von keiner Seite bestritten worden. Damit ist aber ohne weiteres zugegeben, daß keiner der vorher ausgearbeiteten Entwürfe die bedingungslose Zustimmung des Staatsministeriums gefunden hat. Aber da der Inhalt der Entwürfe nicht bekannt ist, so lassen sich daraus keine sicheren Schlüsse ziehen. Nur soviel läßt sich sagen, daß die Erwartung auf eine Verständigung über den Inhalt der dem Reichstag zu machenden Vorlagen als berechtigt angesehen wird, und das Verhalten der Presse steht damit nicht im Widerspruch.

In der öffentlichen Meinung wie auch in der Tagespresse drückt sich ein gewisses Erstaunen über den Urteilsspruch im Prozeß Leist aus, welcher nach den ebenso sachlichen als schwer belastenden Ausführungen der Staatsanwaltschaft kaum zu erwarten gewesen sei. Es wurde auch vielfach angenommen, daß Legionärstrat Rose nach Rücktritte mit seiner vorgesetzten Behörde von dem ihm innerhalb vier Wochen zustehenden Rechte Gebrauch machen und eine Sitzung des Disciplinargerichtshofes in Leipzig einberufen werde, dem in diesem Falle 4 Mitglieder des Bundesrates und 6 Mitglieder des Reichsgerichts angehören würden. Inzwischen verlangt der „Vorwärts“ ein Eintreten der öffentlichen Anklagebehörde, da das Urteil der Disciplinarlammer den Eindruck einer Freisprechung mache und böses Blut erzeugen müsse. Gegen den überraschend milden Urteilsspruch wendet sich ferner auch eine längere Auslastung der „Münch. Neuest. Nachr.“, wobei besonders betont wird, daß Leist sich der großen Verantwortlichkeit seiner Stellung, die ihm gebot, Alles zu vermeiden, was das Ansehen Deutschlands als Kolonialstaat irgendwie schädigen könnte, besser bewußt sein mußte. Die im Urtheile ausgesprochene Versezung in ein anderes Amt erscheint bedenklich; ein Mann, der, wie Ranzler Leist, sich zur selbstständigen Verwaltung eines öffentlichen Amtes unzählig erwiesen hatte, sollte aus dem Staatsdienste überhaupt entfernt werden. Dieser Meinung war offenbar auch das Auswärtige Amt, denn der Vertreter der Anklage hatte die höchste Strafe, Dienstentlassung, beantragt.

Am Sonnabend wird durch eine aus dem Oberbürgermeister Dr. Baumhöck, Stadtrath Kosack und die Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung Herren Steffens und Domme bestehende Deputation der funktionsausgetatete Ehrenbürgerbrief der Stadt Danzig dem Reichskanzler Grafen Caprivi in Berlin feierlich übergeben werden.

Dem Vernehmen nach hat das preußische Kriegsministerium angeordnet, daß in allen Garnisonorten die aus Holera-verdächtigen Gegenden kommenden Rekruten einer achtjährigen Absperrung unterworfen werden sollen, um auf diesem Wege eine etwaige Weiterverbreitung der Seuche thunlich zu verhindern. — Die dänische Regierung hatte geplant, eine dritte Postverbindung von Kopenhagen über See nach Deutschland herzustellen, und zwar eine Linie, die für Hinterpommern, Posen, West- und Ostpreußen, sowie ganz Russisch-Polen eine schnellere Postverbindung mit Dänemark ermöglichen sollte. Das Reichspostamt konnte sich indessen, trotzdem es anerkannte, daß diese Linie eine schnellere Erledigung des Postverkehrs zwischen dem preußischen Osten und Dänemark schaffen würde, nicht zur Zustimmung entschließen, da die von der Reichspostverwaltung aufzubringenden Kosten nicht annähernd im Verhältnis ständen zu dem Nutzen der dem gesammelten Verkehrs daraus erwachsen könnten.

Aus Darmstadt meldet man: Die auswärts verbreiteten Gerüchte von der erfolgten Abreise des Großherzogspaares nach Ewoia bestätigen sich nicht. Die Prinzessin Alix reist heute über Berlin und Warschau nach Ewoia. Die Prinzessin Victoria begleitet sie nach Warschau, wo die Prinzessinnen mit den russischen Herrschern zusammentreffen. Von der Abreise des großherzoglichen Paares ist bisher nichts bekannt.

Die „Schlesische Zeitung“ hatte vor einiger Zeit gemeldet, daß im Interesse des militärischen Dienstes die Selbstbewirtschaftung der Kantinen durch die Truppen bis zum Jahre 1896 aufzuhören solle. Auf Grund an amtlicher Stelle eingezogener Erklärungen kann nun der „Hamburgische Correspondent“ mittheilen, daß diese Nachricht jeden Anhalt entbehrt.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht im „Vorwärts“ seinen für den Frankfurter Parteitag bestimmten Bericht. Danach ist die Parteorganisation seit mehreren Jahren schon in forschreitender Zentralisierung begriffen; ziemlich elegisch Klingt die Stelle über Vandogitation, worin es heißt: „Wenn es sich bei der Vertreibung der letzteren auch um die Bearbeitung eines schwierigen Gebietes handelt,

Anzeigen für das „Riesaer Tageblatt“ erhältlich und spätestens bis Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabedates.

Die Geschäftsstelle.